



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäuml, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Vorfahrt für Familien statt neuer Belastungen – Kürzung der Kinderkrankentage verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der Ankündigung eines „noch kinderfreundlicheren Bayerns“ des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder Taten folgen zu lassen und

- sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die angekündigte Kürzung der Kinderkrankentage (von 15 auf 10 Tage pro Kind und Elternteil, für Alleinerziehende von 30 auf 20 Tage) nicht umgesetzt wird und der derzeit geltende Anspruch dauerhaft gesetzlich verankert wird,
- in Bayern eine Arbeitskultur zu fördern, in der Eltern ihre kranken Kinder gleichberechtigt und ohne berufliche Nachteile betreuen können, über den Familienpakt Bayern dafür zu werben und als Arbeitgeber selbst mit gutem Beispiel voranzugehen.

Begründung:

Bundesminister für Gesundheit Dr. Carsten Linnemann hat in der Regierungsbefragung am 23. September 2026 angekündigt, die Erhöhung der Kinderkrankentage nicht über das Jahr 2026 hinaus fortzuführen. Ab 2027 stünden Eltern damit wieder nur zehn Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil zur Verfügung, Alleinerziehenden nur noch 20.

Nur wenige Tage zuvor hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei der Klausurtagung der CSU-Fraktion ein „noch kinderfreundlicheres Bayern“ angekündigt. Das passt nicht zusammen. Wer von einer „Fast Lane“ für Familien spricht, darf nicht tatenlos zusehen, wie Eltern ausgerechnet die Zeit genommen wird, die sie für ihre kranken Kinder brauchen. Die Staatsregierung muss sich an ihren eigenen Worten messen lassen und sich dafür einsetzen, dass die Pläne zur Verringerung der Kinderkrankentage zurückgenommen werden.

Gesetzlich versicherte Eltern haben derzeit Anspruch auf 15 Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil, Alleinerziehende auf 30 Kinderkrankentage, sofern das Kind das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Diese Regelung wurde seit 2024 jeweils befristet fortgeschrieben, zuletzt für das Jahr 2026. Die Bundesregierung selbst hat dies ausdrücklich mit der weiterhin hohen Krankheitslast bei Kindern begründet, insbesondere mit Atemwegserkrankungen. Sie nun als bloße „Corona-Sonderregel“ abzutun, verkennet die Lebensrealität von Familien. Kranke Kinder brauchen Ruhe und die Zuwendung ihrer Eltern, nicht den Lärm einer Kita-Gruppe oder einer Schulklassen, in der auch die pädagogischen Fachkräfte keine dem kranken Kind angemessene

Einzelbetreuung leisten können. Besonders schwer wiegt eine Kürzung der Kinderkrankentage zudem für Familien mit chronisch kranken Kindern.

Die Kürzung trifft daneben vor allem Mütter. Laut AOK übernehmen Frauen den Großteil der Kinderkrankentage. Bayern ist dabei bundesweit Schlusslicht: Nur 23 Prozent entfallen hier auf Väter, im Bundesschnitt sind es 27 Prozent. Weil Frauen im Schnitt weniger verdienen, bleiben meist sie zu Hause. Jede weitere Einschränkung erschwert ihre Erwerbstätigkeit und berufliche Entwicklung. Für Alleinerziehende wird sie zur existenziellen Belastung.

Schon heute schöpfen viele Eltern ihre Ansprüche auf Kinderkrankentage nicht aus. Gründe sind die Sorge vor beruflichen Nachteilen, die Deckelung des Kinderkrankengeldes auf 90 Prozent des Nettoentgelts bzw. höchstens 135,63 Euro täglich und die Attestpflicht ab dem ersten Tag. Stattdessen bauen Eltern Überstunden ab, arbeiten nachts oder melden sich selbst krank.

Auch wirtschaftlich ist die geplante Kürzung kurzsichtig. Sind die Tage aufgebraucht, gehen kranke Kinder in Kita und Schule, stecken andere Kinder und Fachkräfte an und verursachen weitere Ausfälle in Einrichtungen und Betrieben.

Familien in Bayern stehen ohnehin schon organisatorisch und psychisch unter Druck: Familienleistungen des Freistaates wurden gekürzt oder gestrichen, die Kürzungsdebatten im Bund verunsichern sie zusätzlich. Die Staatsregierung darf sich nicht wegducken. Sie muss sich in Berlin dafür einsetzen, dass die Pläne vom Tisch kommen. Kranke Kinder gehören im Interesse der Kindergesundheit, der Beschäftigten und der Wirtschaft in die Obhut der Eltern nach Hause. Nötig ist dazu außerdem eine Arbeitskultur, in der beide Eltern kranke Kinder betreuen können, ohne berufliche Nachteile zu fürchten.